SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)

XIII. Jahrgang | Basel, den 23. August 1913 | No. 34

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—16 Seiten Text. Abonnementspreis Fr. 4.40 p. Jahr, Fr. 3.— p. 6 Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 7.— p. Jahr

Motto: Das Schweizervolk kann seine wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber dem Ausland nur behaupten und im Innern zu grösserem Wohlstand und höherer sozialer Gerechtigkeit nur fortschreiten, wenn es seine Konsumkraft organisiert. Die genossenschaftliche Zusammenfassung dieser Kraft ist daher für uns eine Lebensfrage: Sie ist unsere nationale Aufgabe im XX. Jahrhundert.

Inhalts-Verzeichnis:

Eine Kriegserklärung. — Zum 9. internationalen Genossenschaftskongress in Glasgow. — Präsidialbericht zu Handen der Konferenz des III. Kreises V. S. K. den 4. Mai 1913 in Thun. — Eine infame Verleumdung. — Herr Regierungsrat Tschumi und die Konsumvereine. — Auch der «Kompass» bleibt nicht zurück. — **Aus der Praxis:** Ueber Manki und Vorschüsse in den Konsumfilialen. — **Volkswirtschaft:** Amtliches Blaubuch über die Teuerung. — **Mittelständisches Genossenschaftswesen:** Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H. — **Aus unserer Bewegung:** Appenzell A./Rh., Baden, Jona, Kirchberg, Laufenburg, Näfels, Rheinfelden. — **Verbandsnachrichten:** Ferienheim-Postkarten.

Eine Kriegserklärung.

Die nachfolgende Abhandlung, die vor kurzem in unserm Verbandsorgan «La Coopération» erschienen ist, verdient allgemeines Interesse, weshalb uns eine Uebersetzung und der Abdruck im «Schweiz. Konsum-Verein» durchaus gerechtfertigt erscheint.

* * *

Es handelt sich hier nicht um die Balkanstaaten, sondern um die Schweiz, nicht um einen Krieg nach aussen, sondern um einen solchen innerhalb unserer Landesgrenzen, und die Gegner rücken sich nicht mit Kanonen und Flinten auf den Leib, sondern mit Argumenten: Es sind wirtschaftliche Positionen, um die sie ringen.

Es war in Bern, wo vor kurzem die Führer des Bauernverbandes, die Herren Jenny und Laur, die Kriegserklärung abgaben, die sich in erster Linie gegen die Konsumvereine, dann aber auch gegen das Industrie-Proletariat, die Grossindustrie und die Stadtbevölkerung im allgemeinen richtete, das heisst gegen die weitaus grosse Mehrheit der Nation.

Das sonderbarste an der Sache ist nun aber, dass die «Feinde», gegen welche diese Herren die Bauern aufpeitschen, durchaus nicht daran denken, die Bauern ihrerseits anzugreifen. Im Gegenteil, denn die Konsumgenossenschaften, u. a., sind der Gefolgschaft Dr. Laurs, wenigstens soweit sie aus jener Mehrheit verschuldeter Kleinbauern besteht, die als wirkliche Landproletarier zu betrachten und deren Interessen von denjenigen der Grossbauern grundverschieden sind, durchaus sympathisch gesinnt. Das wissen die Bauernführer auch, und gerade weil sie das wissen, sind sie so sehr darauf erpicht, diese Divergenz mit hochtrabenden Phrasen zu überkleistern, um die Masse der Bauern unter ihrem Kommando zu vereinigen und zurückzuhalten. Sie lassen daher ihre Mitbürger, die nichts anderes verlangen, als mit dem Bauernstand in Frieden zu leben, im Gewande reissender Wölfe erscheinen, die bereit sind, sich auf jene zu stürzen. Und das Heilmittel, das alle ihre, der Bauern, Gebrechen heilen soll, hat nicht darin zu bestehen, gemeinsam für das Wohl Aller zu wirken, sondern darin, die einen auf Kosten der anderen auszubeuten, die Selbsthilfe gering zu achten, um desto mehr die Hand nach Subventionen auszustrecken und andrerseits den städtischen Konsumenten, d. h. besonders die Industriebevölkerung, mit einer Steuer zu belasten, deren Ertrag indirekt, durch die künstliche Steigerung der Preise, und direkt in Form der genannten Subventionen dazu dient, die Taschen der Grossbauern zu füllen — denn die Kleinbauern partizipieren ja an alledem nur zum geringsten Teile.

Und diese verderbliche Wirtschaftspolitik, die der nationalen Einheit gefährlich wird, dieses System künstlich geschürten Interessenstreites wird mit einem Aufwand von Uebertreibungen, Widersprüchen und Unrichtigkeiten verteidigt. Es wird ausserdem als patriotisch gepriesen, denn es ist heutzutage Mode geworden, alle jene, die nicht derselben Meinung sind, als Anti-Patrioten zu verschreien. Will jemand den Milchpreis diskutieren, so ist er ein schlechter Patriot; erachtet er diese oder jene neue Steuer, oder eine bestimmte Wirtschaftsorganisation als nachteilig für das Volksganze, so ist er ebenfalls ein schlechter Patriot; pflichtet man nicht mit geschlossenen Augen der herrschenden Meinung oder vielmehr der Meinung gewisser tonangebender Kreise bei — immer ist man ein schlechter Patriot. Nichts kompromittiert aber den Patriotismus mehr, als wenn man ihn überall da zur Schau trägt, wo er nichts zu suchen hat, besonders da, wo es sich um die Erörterung wirtschaftlicher Fragen handelt, wo jeder in erster Linie doch nur sein Portemonnaie verteidigt.

Und zum Beweis dafür, dass diese mehr allgemeinen Bemerkungen der Wahrheit entsprechen, werden wir im Verlauf dieses Artikels anhand der Reden Dr. Laurs und Nationalrat Jennys nachweisen, dass ihr System und ihre Methode durchaus so sind, wie wir sie eben charakterisierten. Wir haben darum

auch gewartet, bis der vollständige und authentische Text der Rede Dr. Laurs vorlag.

Bevor wir auf den eigentlichen Gegenstand unserer kritischen Betrachtungen eintreten, sei bemerkt, dass sich die Konsumgenossenschaften nur verteidigen, weil sie angegriffen worden sind. Dass sie das tun, ist natürlich, wie jedermann weiss, eine Schlechtigkeit! Dennoch verteidigen wir uns nicht nach den «berühmten» Vorbildern der Gegner. Wir werden mit Zahlen und Tatsachen aufwarten und nicht mit übelwollenden demagogischen Redensarten. Wir sehen unsere Aufgabe darin, den Interessen des ganzen Landes, also auch denjenigen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen.

Herr Jenny verbreitete sich besonders über die politische Lage. Er warf die Frage auf, ob der Bauernbund eine politische Partei bilden solle. Seine Antwort auf diese Frage lautet: N e i n, wenigstens vorläufig und so lange nicht, als die gegenwärtig herrschende Partei die Forderungen der Landwirtschaft so unterstützt, wie sie es heute tut. Es ist aber auch wahr, dass Dr. Laur einen Augenblick später erklärte, dass die Behörden, die regierende Mehrheit für die Landwirtschaft absolut nichts täten, dass man die Interessen der letztern überall hinter den Forderungen der Arbeiter zurückstelle. Wir überlassen es jedoch gerne den betr. Herren selbst, sich diesen Widerspruch, der übrigens nicht der einzige ist, der in ihren Reden zutage tritt, zu erklären.

In rein taktischer Beziehung ist es für den Bauernverband zweifellos leichter, der herrschenden Gewalt seine Forderungen durch Feilschen aufzuzwingen, als indem er sich als politische Partei konstituiert. Die nächste grosse Frage, die dem Volk unterbreitet werden dürfte, wird wahrscheinlich die Frage des Proportional-Wahlverfahrens sein. Obwohl diese Frage nichts mit der Landwirtschaft zu tun hat, so kann sie doch Veranlassung geben, ein N e i n in die Urne zu legen, als Entgelt für die Gewährung höherer Viehzölle. Uebrigens hat es Dr. Laur sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass die Bauern sich in der Proportionalwahl-Frage auf die Seite derjenigen schlagen werden, die ihnen am meisten wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellen. Diese Taktik hatte sich schon in bezug auf die Militärvorlage bewährt. Nur durch das Zugeständnis greifbarer materieller Vorteile gelang es damals, den Bauernverband zur Empfehlung des genannten Gesetzes zu bewegen.

Die Rede Dr. Laurs ist für uns von grösserer Bedeutung als diejenige des Herrn Jenny. Laur begann mit einer Betrachtung der gegenwärtigen Lage der schweizerischen Landwirtschaft, um dann im weiteren die Frage zu erörtern, auf welchem Wege die letztere verbessert werden könne. Hier nun offenbart sich die demagogische Art und Weise der Darstellung, die diesem Bauernführer eigen ist. Er hat immer erklärt, dass unsere Landwirtschaft dank der Existenz des Bauernverbandes und der Einführung der neuen Zolltarife gewaltige Fortschritte gemacht hat. Sobald aber eine Reform der Tarife angekündigt wird, schlägt sein Lobgesang augenblicklich in Wehklagen um.

Dieser plötzliche und radikale Umschwung aus einer optimistischen in eine pessimistische Stimmung resultiert, wie uns der Redner versichert, aus der Herabsetzung der Zölle auf Gefrierfleisch und auf gesalzene und geräucherte Fleischwaren, sowie aus dem Rückgang der Milchpreise. Die städtische Bevölkerung hat diese beiden Uebelstände auf dem Gewissen. Nun hat die erstere Massregel, wenn sie die städtischen Konsumenten in etwas entlastete, für die Landwirtschaft keinerlei fühlbare Wirkung gezeitigt; und der Rückgang der Milchpreise ist in erster Linie auf die Gestaltung der Weltmarktlage zurückzuführen, auf welche die schweizerischen Konsumenten keinen Einfluss auszuüben vermögen; sodann aber hängt dieser Preisrückschlag auch mit der Kampftaktik der Landwirtschaft selbst zusammen. Aber Laur brauchte einen Sündenbock, um der Erbitterung seiner Zuhörer Ziel und Richtung zu geben.

In Bezug auf die erstere Massregel erklärt er sogar, dass sie eine vollständige Aenderung in unserer Fleischversorgung bewirkt habe und er gibt zwischen den Zeilen zu verstehen — seine Kenntnis des wirklichen Tatbestandes hindert ihn, es deutlich herauszusagen —, dass ein Rückgang der Fleischpreise eingetreten sei. Seiner Behauptung nach stehe die schweizerische Landwirtschaft vor dem wirtschaftlichen Ruin.

Nun genügt ein Blick in die Einfuhrstatistik und auf die Preistabellen der letzteren, um zu erkennen, dass alle diese Angaben unzutreffend sind. Nach der im Januar 1912 eingetretenen Reduktion der Zollansätze hat der Import frischen Fleisches wohl eine Zunahme erfahren, die Preise sind aber ebenfalls gestiegen. Die Einfuhr lebenden Schlachtviehs nahm ab, aber die Preise gingen in die Höhe. Die schweizerischen Landwirte konnten also ihr Vieh teurer verkaufen, da das vom Ausland kommende Schlachtvieh und frische Fleisch im Preise stiegen. Die Ausfuhr schweizerischen Zuchtviehs ist quantitativ stationär geblieben, hat dagegen im Wert zugenommen. Mit anderen Worten, die schweizerischen Viehzüchter waren in der Lage, nach der Herabsetzung der Zollgebühren im Jahre 1912 ihre Preise zu erhöhen. Die Statistik der Detailpreise in den schweizerischen Städten zeigt ebenfalls eine Erhöhung der Fleischpreise von 1911 auf 1912.

Von einer vollständigen Umwälzung in unserer Landwirtschaft kann also keine Rede sein. Die Fleischprodukte wurden im gleichen Verhältnis ein- und ausgeführt wie früher.[1])

[1]) Zur genaueren Orientierung seien hier die auf die Einfuhr bezüglichen statistischen Angaben wiedergegeben.

	1912		1911	
Schlachtvieh:	Kopfzahl	Wert in 1000 Fr.	Kopfzahl	Wert in 1000 Fr.
Grossvieh	73,881	48,828	65,084	42,502
Kleinvieh	169,066	11,754	217,828	17,997
Total	242,947	60,582	282,912	60,499
Fleisch in geschlachtetem Zustande:				
Frisches Fleisch	193,111	31,590	174,860	26,639
Gefrierfleisch in Doppelzentnern	24,793	2,335	11,133	946
Total	217,904	33,925	185,993	27,585
Totalwert der Fleischeinfuhr		94,507		88,582

Preise der eingeführten Schlachttiere, pro Kopf:

	1912	1911
Ochsen mit Milchzähnen	676.—	682.—
Ochsen ohne Milchzähne	723.—	713.—
Stiere mit Milchzähnen	666.—	658.—
Stiere ohne Milchzähne	694.—	663.—
Junge Rinder	530.—	511.—
Kälber	138.—	133.—
Schweine	122.—	121.—
Hammel	40.—	39.50

Preise für eingeführtes Fleisch in geschlachtetem Zustande, per 100 Kilo:

Kalbfleisch	200.—	199.—
Schweinefleisch	162.—	143.—
Schinken	231.—	217.—
Gesalzenes- und Rauchfleisch	158.—	136.—
Gefrierfleisch	94.—	85.—

Die Reduktion der Milchpreise ist dagegen eine sehr reelle Tatsache. Es ist jedoch verfehlt, sie den Konsumvereinen und der Chamer Kondensfabrik zur Last zu legen. Herr Nat.-Rat Jenny hatte in der Tat kurz vorher bemerkt, dass der Milchpreis vom Weltmarkt abhängt und dass der Einfluss, den die Organisation der Konsumenten oder der Bauern auf seine Gestaltung auszuüben vermag, sehr überschätzt worden ist. Er gibt also selbst zu, was wir nicht müde werden zu behaupten. Dazu kommt, dass die Landwirte, indem sie die gewinnbringende Viehzucht vernachlässigen, um sich fast ausschliesslich auf die Milchproduktion zu verlegen, selber zum Niedergang des Milchpreises beitrugen. Basel und Cham verlangen nichts anderes, als den Marktpreis zu zahlen, nicht aber irgendeinen ausschliesslich von ihrer Seite diktierten Willkürpreis.

Nachdem er auf diese Weise gezeigt hatte, wo sich die Feinde, die angeblich die Landwirtschaft ruinieren, nicht befinden, erachtete es Dr. Laur für angebracht, seinen Zuhörern das Gruseln beizubringen, indem er von dem Schicksal sprach, das ihrer harre, wenn sie sich nicht zur Wehre setzten. Dieses schreckliche Schicksal würde in nichts anderem bestehen, als in der Ausdehnung der Lebensmittelinspektion auf die Landwirtschaft. Nichts ist charakteristischer als diese Furcht. Sie zeigt, dass der Bauernverband das gleiche Gesetz nicht auf Alle angewandt wissen will. Der Redner schilderte, zur Erzielung eines kräftigeren Effektes, einen «sozialistischen» Inspektor, der den Viehstall in Augenschein nimmt, um sich von der Sauberkeit desselben und von der richtigen Pflege der Kühe zu überzeugen. Das wäre ja geradezu entsetzlich! Schliesslich hielt es Herr Laur noch für geboten, in pathetischem Tone die Schrecken an die Wand zu malen, die der Schweiz aus der fortschreitenden Industrialisierung ohne Zweifel erwachsen würden, wenn nicht beizeiten vorgesorgt werde, und die einen Zustand erzeuge, in welchem der Bauer nichts mehr sei, wo er geopfert werde, wo die Landwirtschaft nicht mehr existiere. «Der Schatten der industriestaatlichen Entwicklung zieht wie ein schwarzes Verhängnis über unser Land» ruft er aus. Die Idee, dass die Industrie nicht prosperieren kann, ohne die Landwirtschaft zu ruinieren und umgekehrt, ist eine der grundlosesten und für das Gemeinwohl unheilvollsten Ideen, und gehört zu jenen, die Dr. Laur dem Bauerntum einzuflössen trachtet.

In Wirklichkeit schliessen sich diese beiden Produktivfähigkeiten nicht aus, sondern ergänzen einander. Eine entwickelte Industrie verschafft dem Landwirt eine zahlreichere und bequemer zu erreichende Kundschaft; hohe Löhne sichern ihm gute Abnehmer für seine Produkte. Fehlt die Industrie, sind die Löhne gering, so bedeutet das den Ruin des Bauern, denn es würde ihm alsdann viel schwerer sein, für seine Produkte Käufer zu finden. Dr. Laur hat das übrigens in seiner widerspruchsvollen Art selbst zugestanden, indem er zu Beginn seiner Rede ausführte, dass die Erhöhung der Preise für animalische Produkte durch den steigenden Konsum begünstigt worden sei.

Was wäre aus der schweizerischen Landwirtschaft und dem ganzen Lande geworden, wenn die Söhne und Töchter der Bauern wie in frühern Zeiten wegen Mangel an industrieller Beschäftigung hätten auswandern müssen? In Wirklichkeit steht die Prosperität unserer Landwirtschaft genau im Verhältnis zur Entwicklung der Industrie.

Dr. Laur sucht geflissentlich einen Gegensatz der Interessen zwischen Stadt und Land zu konstatieren. Und auf diese falsche Vorstellung basiert er seine ganze Politik.

In der zweiten Hälfte seines Vortrags kam der Redner auf die Mittel und Wege zu sprechen, die geeignet sein können, die den Bauernstand und die Landwirtschaft bedrohenden Gefahren abzuwenden.

Das erste dieser Mittel hat, wie Dr. Laur vorsichtig sagt, darin zu bestehen, den Produkten einen «den Produktionskosten angemessenen Preis zu sichern», was bei ihm nichts anderes heissen will, als die Preise zu erhöhen, denn nur dann sind dieselben für den Bauer «angemessen».

Das ist wieder eines jener Schlagworte, die darauf berechnet sind, die Masse zu blenden. Die Produktionskosten bezeichnen die Grenzlinie, unter welche man beim Verkauf nicht hinabgehen kann, ohne zu verlieren; aber sie bestimmen nicht den Preis. Jeder Händler, jeder Industrielle, der bemerkt, dass die Konkurrenz allgemein unter seinem Selbstkostenpreis verkauft, sagt sich, dass er schlecht eingekauft, seinen Betrieb schlecht organisiert hat, und er trachtet darnach, den Herstellungspreis seiner Produkte zu verringern, besonders auf dem Wege technischer Verbesserungen, um so imstande zu sein, zum gleichen Preise wie die Konkurrenz und doch mit Gewinn zu verkaufen.

Wir wissen ganz gut, dass in der Landwirtschaft diese Anpassung weniger leicht ist und in langsamerem Tempo vor sich geht als in der Industrie. Es bleibt aber nichtsdestoweniger wahr, dass auch hier die technische Verbesserung die Vorbedingung des Fortschritts ist.

Nach dem Rezept des Bauernsekretärs wäre weiter nichts nötig, als durch hohe Zollschranken das Land abzuschliessen und den Konsumenten die Lebensmittelpreise hinaufzuschrauben. Anstatt unsere landwirtschaftliche Organisation zu verbessern, möchte er den Städtern die Taschen leeren, was natürlich viel einfacher wäre, als für den wirklichen Fortschritt einzustehen.

Die hauptsächlichsten Einfuhrartikel sind Ochsen ohne Milchzähne, Stiere mit Milchzähnen, Kälber, Schweine, Hammel, Kalb- und Schweinefleisch. Die Einfuhr von Gefrierfleisch ist im Verhältnis zur Gesamteinfuhr unbedeutend.

Preise der ausgeführten Tiere, pro Kopf:

	1912	1911
Stiere	912.—	851.—
Kühe	875.—	817.—
Junge Rinder	813.—	612.—
Kälber	72.15	74.78
Anderes weibliches Jungvieh	294.—	298.—
Junge Ochsen	237.—	248.—
Schweine	24.91	24.42

Im *Detailhandel* beliefen sich diese Preise pro ½ Kilo wie folgt:

Basel	Ochsenfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch	Speck
1911, Januar	—.90	1.20	1.15	—.90
1912, »	—.90	1.15	1.15	1.30
Zürich				
1911, Januar	1.—	1.30	1.20	1.—
1912, »	1.05	1.40	1.20	1.30
Genf				
1911, Januar	—.90	—.90	1.20	1.—
1912, »	1.—	1.30	1.30	1.20
Bern				
1911, Januar	—.90	1.20	1.25	—.90
1912, »	—.90	1.25	1.25	1.25

Bei dieser Gelegenheit stellt der Redner wieder einmal die Behauptung auf, der Bauer sei der am schlechtesten entlohnte Arbeiter der ganzen Schweiz. Er vergisst dabei, dass dieser Arbeiter ein Eigentümer ist. Dadurch erhöht sich sein Einkommen und seine gesellschaftliche Lage verbessert sich dadurch in einem Masse, dass er sich wirtschaftlich bedeutend über den Industriearbeiter erhebt. Während dieser durch jeden Krankheitstag oder unfreiwillige Arbeitsunterbrechung Einbusse an seinem Verdienst erleidet, wird der Bauer durch solche Kalamitäten weit weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Dr. Laur übergeht zudem eine Tatsache, auf die immer wieder hingewiesen werden muss. Wenn Laur von den niedrigen Löhnen in der Landwirtschaft spricht, eliminiert er aus seiner Rechnung die Bodenrente, die seit einem Jahrzehnt eine steigende Tendenz aufweist und die der Eigentümer einstreicht. Sie bildet für den Grossbauer ein bedeutendes Einkommen, neben welchem der Ertrag seiner persönlichen Arbeit kaum zählt. Für den kleinen Schuldenbauer ist das Gegenteil der Fall. Seine ohnehin schwache Rente bleibt für sein Einkommen belanglos, da sie durch die Hypothekarzinsen absorbiert wird; der Ertrag seiner Arbeit bildet hingegen seine hauptsächlichste Einnahmequelle.

Die Bodenrente steigt in dem Masse, wie die Preise der Produkte sich erhöhen und sinkt im gleichen Verhältnis. Die Verteuerung der Produkte kommt also besonders den grossen und mittleren Eigentümern zustatten, nützt dagegen den Kleinbauern nichts. Die Erhöhung der Preise und folglich der Rente bedingt das Steigen der Bodenpreise. Nun behauptet Dr. Laur, dass dieses Steigen der Bodenpreise aufhöre. Wenn etwas lächerlich ist, so ist es diese Behauptung, denn es ist doch augenscheinlich, dass sich für einen Gewinn versprechenden Boden immer Käufer finden werden. Der Redner verlangt also ganz unvereinbare Dinge, wenn er gleichzeitig teure Bodenprodukte und einen billigen Boden fordert.

Genossenschafter, verbreitet eifrig in Masse die Ferienheim-Postkarte im gesamten Schweizervolke!

Dr. Laur fordert ferner, dass die der Landwirtschaft gewährten Subventionen, die er als ganz ungenügend bezeichnet, erhöht werden. Nun wird aber schon heute keine andere Berufskategorie so wie die landwirtschaftliche direkt subventioniert. Weder in der Industrie, noch im Handel oder im Gewerbe hat die Eidgenossenschaft jemals dem Unternehmer einen Teil der Kosten ersetzt, die er für Meliorationszwecke aufwendete.

Die Landwirtschaft verlangt, wie alle Welt, nach billigem Kredit. Der Sekretär des Bauernbundes will, dass man die bei den geplanten Post-Sparkassen zu machenden Einlagen zu ihrer (der Bauern) Verfügung stelle. Er erklärt, dass das industrielle Proletariat der schlimmste Feind der Landwirtschaft und des ganzen Landes sei, und fast im gleichen Atemzuge verlangt er, dass die sauer ersparten Batzen dieser Arbeiterschaft nicht ihren eigenen Interessen dienstbar zu machen seien, sondern dem ländlichen Eigentum, um diesem zu ermöglichen, den Preis der Produkte und die Bodenrente zu erhöhen!

Dennoch, neben all diesen vernunftwidrigen Vorschlägen, die dem Land zum Verderben gereichen müssten und ausserdem vom krassesten Berufsegoismus diktiert erscheinen, trat Laur auch mit einigen Vorschlägen hervor, die wir nur billigen können. Leider kommen sie beim Bauernsekretär erst in zweiter Linie in Betracht. Indessen bezeichnen gerade sie den Weg, den es behufs Verbesserung der Lage unserer Landwirtschaft einzuschlagen gilt.

Sie haben nämlich zum Zweck, den Boden zu verbessern und seine Ertragfähigkeit zu heben. Darin besteht in der Tat der wirkliche Fortschritt. Hiezu bedarf es jedoch vor allem einer besseren Wirtschaftstechnik, einer besseren Organisation der Produktion, des Verkaufs und des Einkaufs, die insbesondere durch genossenschaftlichen Zusammenschluss zu schaffen ist.

In dieser Frage gehen wir mit Laur durchaus einig, denn es handelt sich hier nicht mehr darum, die Hand nach Almosen auszustrecken, andern die Wolle abzuscheren, um sich selbst ein warmes Gewand daraus zu machen, sondern darum, seine eigenen Aufgaben mit eigenen Kräften zu lösen — Kräfte, die sich durch gemeinsame Aktion von selbst gegenseitig steigern.

Warum sollten denn zum Beispiel die Bauern, anstatt stets von den Ersparnissen anderer Leute profitieren zu wollen, es nicht auch so wie die Konsumenten machen können, die sich durch die Organisation des Kredits ihrer eigenen Ersparnisse zur Verbesserung der Landwirtschaft bedienen? Die deutschen Bauern haben doch mit ihren Raiffeisenkassen auf diesem Gebiete gewiss nicht zu verachtende Erfolge errungen.

Ist es auf diesem von uns empfohlenen Wege nicht auch den dänischen Bauern gelungen, die Landwirtschaft ihres Landes von Grund aus umzugestalten und ihr einen bemerkenswerten Aufschwung zu geben? Sie haben ihre Ausfuhr verzehnfacht, aus einer Klasse von Armen eine wohlhabende und selbst reiche Klasse gemacht, die eine wichtige Rolle im Staatsleben spielt. Und man möge sich dabei erinnern, dass Dänemark gleich wie unser Land sich besonders mit der Milchproduktion befasst. Die dänischen Ackerbauer haben dieses Wunder weder mit Hilfe von Schutzzöllen, die sie ablehnen, noch von Subventionen vollbracht, sondern lediglich durch die Selbsthilfe und durch genossenschaftlichen Zusammenschluss.

* * *

Die Existenz einer durch andere Klassen subventionierten Bevölkerungsschicht bedeutet eine Schwächung der wirtschaftlichen Kraft des Landes. Dahin aber kämen wir mit dem System Dr. Laurs und dem künstlichen Antagonismus, den er zwischen Stadt und Land hervorzurufen trachtet, während in Wirklichkeit die Interessen hier zusammenfallen.

Die Lebenskraft eines Landes, sein moralisches und wirtschaftliches Gedeihen hängen im Gegenteil von dem Vertrauen ab, das die Bürger in sich selbst setzen, von ihrer eigenen Energie, ihrer eigenen Tätigkeit und ihrem klaren Erfassen der alle Arten der Produktion umfassenden Solidarität; von ihrer Entschlossenheit endlich, alle individuellen Kräfte zu gemeinsamem Werke zusammenzufassen. Das ist der Weg der Genossenschaft. *H. P.*

Zum 9. internationalen Genossenschaftskongress in Glasgow.

(25. bis 28. August.)

Wenn die vorliegende Nummer des «Schweiz. Konsum-Verein» von unsern Freunden gelesen wird, hat sich bereits der grösste Teil der Abgeordneten aus aller Herren Länder in Glasgow, der schottischen Handelskapitale versammelt, um sich zur feierlichen Eröffnung des konsumgenossenschaftlichen Weltparlamentes am 25. August zu rüsten.

Schon rein äusserlich, durch die zu erwartende starke Teilnehmerzahl, wird der Kongress als eine macht- und glanzvolle Kundgebung unserer Sache in Erscheinung treten.

Sämtliche Staaten Europas werden voraussichtlich mit grösseren Delegationen vertreten sein. Allein aus Deutschland sind bis heute über 100 Teilnehmer angemeldet, welche die Gelegenheit benutzten, und den Kongress mit einer genossenschaftlichen Studienreise im Vereinigten britischen Königreiche verbinden. Auch aus unserm Vaterlande fand sich eine stattliche Gruppe von Genossenschaftern zusammen.

Die Bedeutung dieses Kongresses wird uns jedoch erst recht klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, was für Bevölkerungsmassen und was für wirtschaftliche Kräfte und Fähigkeiten in Glasgow vertreten werden.

Nach den Angaben des Jahrbuches der internat. Genossenschaftsbewegung zählten wir 1910 von 126,648 Genossenschaften 20,804 Konsumvereine in Europa, Asien und Amerika. Davon haben sich bereits die Mehrzahl heute zum Internationalen Genossenschaftsbund zusammengeschlossen. Von 12,307 Konsumvereinen, die 1910 zur Generalstatistik berichteten, ist zu erwähnen, dass sie 6,642,052 Mitglieder oder ca. 26,568,208 in Konsumgenossenschaften organisierte Familiengenossen zählten. Gemeinsam erzielten sie in einem Jahre einen Warenumsatz von 3,1 Milliarden Franken und besitzen heute über 1 Milliarde Franken an eigenen Betriebsmitteln.

Dazu kommen noch 16 genossenschaftliche Grosseinkaufszentralen, die wiederum mit ganz verschwindenden Ausnahmen der internationalen Allianz angehören.

Diese knappen Angaben genügen, um unsere Ansicht zu rechtfertigen, dass in den kommenden Augusttagen die organisatorischen Kräfte einer der bedeutendsten Wirtschaftsmächte der Gegenwart zu gemeinsamer Arbeit zusammen treten.

Das internationale Genossenschaftsparlament betrachtet es als eine der vornehmsten Aufgaben, bei seinen periodischen Tagungen, zu wichtigen Fragen der Entwicklung des Genossenschaftswesens offiziell Stellung zu nehmen.

Für die diesjährige Tagung ist eine Aussprache vorgesehen über:

1. Den direkten Güteraustausch zwischen konsumgenossenschaftlichen, landwirtschaftlichen und anderen Produktivgenossenschaften, auch zwischen den Grosseinkaufsgesellschaften der verschiedenen Länder.
   Referent: *H. Kaufmann*, Hamburg.
2. Die Anbahnung näherer Beziehungen und gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Genossenschaften und der umfassende Charakter des I. G. B.
   Referent: *Aneurin Williams*, London
3. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Presse im Interesse der genossenschaftlichen Erziehung.
   Referent: Dr. *O. Schär*, Basel.
4. Das Bestehen mehrerer Konsumvereine in ein und derselben oder in benachbarten Ortschaften, seine Folgen und die Mittel zur Abhilfe.
   Referenten: *Luigi Buffoli* und *Camillo Mellini*, Mailand.

Es sind dies alles keine Fragen von bloss akademischem Werte, sondern Fragen von brennender praktischer Bedeutung, die uns die Entwicklung der Bewegung zur Lösung aufgibt.

Die internationale Genossenschaftsbewegung, — vor allem die Konsumvereine, — ist aber nicht einzig eine wirtschaftliche Institution, sie ist nicht zum mindesten auch eine Kulturbewegung, die ihre Kräfte einsetzt zur Erhaltung und Entwicklung der kostbarsten Güter der Menschheit.

Dem Bewusstsein dieser hohen Mission entspricht es auch, dass an die Spitze der eigentlichen Kongress-Verhandlungen eine Resolution gesetzt und von Herrn G. Goedhard, Holland vertreten wird, welche die Stellung der Genossenschaftsbewegung zum Frieden, präzisiert.

Mit Spannung und grossen Erwartungen blicken heute die Konsumgenossenschafter aus etwa 20 Kulturstaaten auf Schottland, dem klassischen Boden der modernen Genossenschaftsbewegung.

Möge über dem Kongress und seinen Verhandlungen ein gütiger Stern walten.

Präsidialbericht

zu Handen der Konferenz des III. Kreises V. S. K. den 4. Mai 1913 in Thun.

(Schluss.)

Die kantonale Versammlung sämtlicher Konsumvereine fand im grossen Volkshaussaale statt, an welcher aus dem deutschen Kantonsteil 101 und aus dem französischen 15 Delegierte teilnahmen. Bereits war in der Tagespresse das am 1. Dezember zur Volksabstimmung kommende Steuergesetz behandelt worden, aber völlige Klarheit fehlte eben noch in den meisten Köpfen. Die gründlichen Referate der Herren Gustav Müller und Pronier brachten die nötige Aufklärung und festigten die Stellungnahme der Konsumgenossenschafter in der vorliegenden Kampagne. Die bereits oben geschilderten krassen Ungerechtigkeiten lösten unter den Versammelten scharfe Ausrufe des Unwillens und der Empörung gegen eine solch einseitige Knebelung einzelner Volksgruppen aus.

In der stark benützten Diskussion prägte sich eine entschiedene Stimmung gegen das Gesetz aus, welche in der nachfolgenden Resolution zum Ausdruck kam:

«Die Sonntag den 3. November in Bern versammelten Delegierten von Konsumgenossenschaften des Kantons Bern, welche zusammen 32,000 Mitglieder vertreten, nach Anhörung eines Referates von Herrn Grossratspräsidenten Gustav Müller und nach gewalteter Diskussion, in Erwägung:

1. dass die Progression, deren Berechtigung wir im Grundsatz anerkennen, in ihrer Anwendung auf die Rückvergütungen der Konsumgenossenschaften, im Sinne der Artikel 23 und 32 des bernischen Steuergesetzentwurfes widersinnig und dass dadurch die eintretende Verschlechterung des jetzigen Zustandes ungerecht und unannehmbar ist;
2. dass das Gesetz zweierlei Recht schafft, indem es andere Genossenschaftsarten, wie z. B. Käsereigenossenschaften und landwirtschaftliche Genossenschaften aller Art zur Steuer nicht heranzieht;

3. dass der Rabatt, welcher von den Erwerbsgesellschaften und Privaten ausgerichtet wird, steuerfrei ausgeht, während die Rückvergütung der gemeinnützigen Wirtschaftsgenossenschaften zur Besteuerung herangezogen wird;

beschliessen:

«Den bernischen Konsumgenossenschaften wird die Verwerfung des neuen Steuergesetzes empfohlen. Die Delegierten erklären überdies, jedem Steuergesetze die Annahme zu verweigern, welches die von den Konsumgenossenschaften gewährten Rückvergütungen nicht in einer ihrer besondern Natur entsprechenden Art behandelt.»

Nach einem Schlusswort des Präsidenten, der die Anwesenden aufforderte, mit aller Macht für die Verwerfung zu wirken, fand diese von echtem genossenschaftlichen Geiste getragene Versammlung, in der zum ersten Male sämtliche Konsumvereine des Kantons Bern in solch geschlossener Weise auftraten, ihren Abschluss.

Nun galt es, die kurze Zeit bis zum Abstimmungstage in agitatorischer Weise auszunutzen. Der Kreisvorstand liess in deutscher und französischer Sprache ein Flugblatt herstellen, worin den Konsumenten die Wirkungen des Gesetzes, bei allfälliger Annahme desselben, in drastischer Weise vor Augen geführt wurden. Ebenso wurden sämtliche uns bekannten Konsumvereine aufgefordert, in ihren Organen («Genossenschaftliches Volksblatt» oder «Coopération») ihre Mitglieder zum Gang an die Urne am 1. Dezember aufzufordern und ihnen die Verwerfung des Gesetzes zu empfehlen. Wir hatten die freudige Genugtuung, konstatieren zu können, dass überall fleissig gearbeitet wurde; und das Resultat war der grossen Mühe schon wert: das Machwerk wurde vom Volk den Gesetzgebern wuchtig vor die Füsse geworfen. Damit ist die Bahn frei für ein, hoffentlich bald erscheinendes, besseres Steuergesetz. Es wird dann seinerzeit auch notwendig sein, bezügliche Eingaben seitens unserer Genossenschaften rechtzeitig und mit vollem Nachdruck den vorberatenden Behörden zu unterbreiten.

Der jetzige Zustand im bernischen Steuerwesen kann nicht von langer Dauer sein; der Staat sitzt in einer Finanzklemme und muss grössere Mittel beschaffen; dies kann aber nur durch ein neues Steuergesetz geschehen. Die bernischen Konsumgenossenschaften verlangen keine Extrabegünstigung vom Staate, sondern gleiche Behandlung für alle Genossenschaftsarten.

Die wuchtige Abfuhr vom 1. Dezember veranlasste dann die kantonalen Steuerorgane, das alte Steuergesetz noch etwas besser unter die Lupe zu nehmen. Der kantonale Steuerverwalter gab einen Ukas heraus, der geeignet war, Verwirrung bei der Steuereinschätzung hervorzurufen, und aus dieser Verwirrung sollte dann Kapital geschlagen werden. Zur Besprechung dieser Angelegenheit hielten die Vorstände des II. und III. Kreises, unter Mitwirkung der Herren Dr. Schär und Pronier vom V. S. K. und Herrn Rebold, Bern, am 23. Februar in Biel eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Die verworrene Situation wurde gründlich besprochen, wobei die Vertreter der neuenburgischen Konsumvereine zur Kenntnis gaben, dass sie durch gemeinschaftliche Eingabe beim Staatsrat erwirkten, auf Grund der öffentlichen Rechnungsstellung gewisse Steuererleichterungen zu geniessen und rieten uns, in gleicher Weise an die bernischen Behörden zu gelangen. Wer aber über die bekannte grosse Mauer im bernischen Grossen Rate Bescheid weiss, kennt auch die Antwort auf eine solche Eingabe, und wir haben besseres zu tun, als für den grossen Papierkorb zu arbeiten.

Das Resultat dieser Verhandlungen war denn, dass womöglich noch vor dem 5. März, dem Datum zur Einreichung der Steuereinschätzungen, eine ausserordentliche kantonale Konferenz einzuberufen sei. Damit die Vereine eine dem neuen Steuererlass möglichst gleichmässige Einschätzung vornehmen können, wurde zuhanden der Konferenz ein bezügliches Schema herzustellen beschlossen.

Sodann wurde nach interessanten Ausführungen des Herrn Dr. Schär auch die Behandlung des Entwurfes für ein kantonales «Gesetz über Handel und Gewerbe» auf die Traktandenliste der nächsten Konferenz zu setzen beschlossen und bestimmt, dieselbe auf Sonntag den 2. März nach Langnau i. E. anzuberaumen.

Zu der **ausserordentlichen Kreiskonferenz am 2. März in Langnau** erschienen die Vertreter der bernischen Konsumvereine wiederum in hellen Scharen und der Appell ergab die Anwesenheit von 95 Delegierten. Der Kreispräsident machte einleitend auf die Wichtigkeit der heutigen Tagung aufmerksam, handle es sich doch darum, in sehr wichtigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Hierauf begann Hr. Dr. Schär sein Referat über die bernische Steuergesetzgebung und -praxis, wobei er gleich eingangs erwähnte, dass es schwierig sei, sich in den vielen Irrwegen des bernischen Steuergesetzes zurecht zu finden. Er vertrat den grundsätzlichen Standpunkt, dass die Konsumgenossenschaften je und je daran festhalten müssen, dass die Rückvergütungen nicht steuerpflichtig seien. Bereits sind einige Rekurse bei den kantonalen Instanzen anhängig, und es werde sich fragen, ob nicht, je nachdem der Entscheid ausfällt, das Bundesgericht angerufen werden müsse.

Herr Rebold, als Mitglied der bernischen Rekurskommission, erläuterte alsdann in lehrreicher Weise die bisherige Steuerpraxis, die, wie er selbst zugibt, so verworren wie nur möglich sei, so dass selbst die gewiegtesten Praktiker in ihren Verfügungen einander stets widersprechen. Er erläutert namentlich das Einschätzungsverfahren anhand des vorliegenden Schemas, damit endlich auf der ganzen Linie Klarheit herrsche. Die aufmerksam angehörten Ausführungen zeitigten eine lebhafte Diskussion, an der sich nicht weniger als 21 Redner beteiligten. Diese allseitige, gründliche Aussprache orientierte denn auch allgemein und wird dazu beitragen, für die Zukunft dadurch Erleichterungen zu schaffen.

Kaum ist der Wechselbalg von Steuergesetz durch die Ablehnung für einige Zeit zur Ruhe gekommen, so droht den Konsumvereinen von neuem, allerdings in möglichst versteckter Weise, Gefahr durch das «Gesetz für Handel und Gewerbe», welches bereits im Grossen Rate die erste Lesung passiert hat. Herr Dr. Schär vom V. S. K. referierte über den Inhalt und namentlich über die Folgen desselben in interessanter Weise. Er führte beispielsweise aus dem kürzlich in Oesterreich eingeführten Handels- und Gewerbegesetz eine Menge drastischer Vorkommnisse an, die das Erwerbsleben förmlich ruinieren müssen. Es besteht für uns die Gefahr, dass von unsern Antipoden ähnliches im Schilde geführt wird, und die Möglichkeit schon deshalb ins Auge gefasst werden muss, weil das Gesetz selber eigentlich nur der Rahmen ist, in den nachher seitens der Regierung alles mögliche hineindekretiert werden kann, dem wir dann machtlos gegenüberstünden.

In der folgenden Diskussion wurde dem immer wieder sich geltend machenden Bestreben der gesetzgebenden Behörden, die Konsumvereine möglichst zu strangulieren, in scharfer Weise Ausdruck gegeben. Man erwartet, dass in der zweiten Lesung die Bestimmungen in einer Weise geändert werden könnten, um den Konsumvereinen deren Annahme zu ermöglichen. Wir sind gerne bereit mitzuhelfen, die Auswüchse in Handel und Gewerbe zu sanieren. Man wird uns aber nicht zumuten, uns selber den Strick um den Hals zu legen, mit dem man uns erwürgen kann. Unsere Stellungnahme wurde sodann in folgender Resolution, die einhellig angenommen wurde, niedergelegt:

«Die am 2. März in Langnau versammelten Delegierten der Konsumvereine des Kantons Bern halten eine Reihe von Bestimmungen in dem zurzeit der Beurteilung des Volkes unterliegenden «Gesetzentwurf» betreffend «Handel und Gewerbe» für die bernischen Konsumgenossenschaften als nicht annehmbar.

Sie verlangen deshalb, dass dieser Entwurf in der zweiten Lesung derart umgearbeitet werde, dass der Geschäftsbetrieb der Konsumgenossenschaften dadurch nicht beeinträchtigt und dass ihrer Eigenart Rechnung getragen werde.

Sie beauftragen den Kreisvorstand III: 1. in motivierter Eingabe die zuständigen Behörden auf die schweren Bedenken gegen dieses Gesetz aufmerksam zu machen, und 2. nach Abschluss der zweiten Lesung eine Delegiertenversammlung sämtlicher bernischen Konsumvereine einzuberufen, damit letztere endgültig zu dem definitiven Entwurfe Stellung nehmen können.»

Unsere daherige Stellungnahme wurde gleich daraufhin in der Tagespresse eifrig kommentiert. Einige Tage nach dieser Konferenz hielt Herr Grossrat Berger von Langnau im Handels- und Industrieverein der Stadt Bern ein Referat über diesen Entwurf, wobei er auch unsere Stellungnahme erwähnte und dabei behauptete, die Konsumvereine werden durch dieses Gesetz in keiner Weise betroffen. Die gleiche Aeusserung brachte auch anlässlich eines Vortrages über diesen Gegenstand im Handwerker- und Gewerbeverein Herr Regierungsrat Dr. Tschumi. Nun, wenn diese Aussprüche richtig gemeint sind, so möge man dies im Gesetzestext klipp und klar niederlegen, dann sind auch wir dafür zu haben.

Im Schlusswort führte der Kreispräsident den Anwesenden vor Augen, wie wichtig es sei, die staatsbürgerlichen Rechte bei Wahlen und Abstimmungen in richtiger Weise zu verwerten. Es sei notwendig, auch bei der Bestellung der kleinsten Behörden darauf zu achten, dass wir nur solchen Leuten unsere Stimme geben, welche unseren Konsumgenossenschaften freundlich gegenüberstehen. Wenn diese Anschauung gründlicher und nachhaltiger als bisher geübt werde, sei schon viel gewonnen.

Das erste Jahr der Tätigkeit im neuen Kreise III hat überall rege Arbeit gebracht und auch Früchte gezeitigt, die alle ermuntern werden, auf der betretenen Bahn kräftig weiter zu schreiten. Möge es immer so bleiben, dann winken den bernischen Konsumgenossenschaften in der Zukunft noch schöne Erfolge.

Bern, 4. Mai 1913.

Der Berichterstatter:

Fr. Tschamper, Präsident des Kreises III V. S. K.

Eine infame Verleumdung,

die eigentlich eine andere Zurechtweisung verdiente, als bloss durch die Presse, leistet sich ein Korrespondent der «Neuen Aargauer Zeitung» in einem Artikel, den das «Wirtschaftliche Volksblatt» natürlich mit Wohlbehagen abdruckt. Es heisst darin wörtlich:

«Man findet, dass auch bei uns im Aargau es nicht mehr zu früh wäre, wenn in dieser Richtung (gemeint ist das Vorgehen gegen die Konsumvereinssparkassen) etwas geschehen würde, da bald die Hälfte der Konsumvereine mit der Warenvermittlung noch einen Sparkassenbetrieb verbunden haben und überdies ausser Spargeldern noch anderweitiges Geld unter Ausgabe von Obligationen von Fr. 50.— aufwärts gegen Verzinsung entgegennehmen. Mit der bei einem solchen Verein den Einlegern und Inhabern von Obligationen *gebotenen Sicherheit sieht es unmittelbar bedenklich aus, da gewöhnlich starke genügende Reserven nicht vorhanden und die anvertrauten Gelder im Betriebsfonds, bezw. dem Warenlager angelegt sind. Dieses Warenlager würde aber im Falle einer Krisis keineswegs zur Deckung der erhobenen Ansprüche ausreichen, da in der Regel die Waren in den Aktiven zu hoch zu Buche stehen, mit einem Wert, den die fraglichen Waren im Falle einer plötzlichen Liquidation kaum zur Hälfte gelten würden.* Namentlich von den Verwaltungen der Konsumvereine werden oft aus Dividendenjägerei, bezw. Herausklauberei einer hohen als Angelköder wirkenden Rückvergütung *dubiose Bilanzen* konstruiert und kühn der Generalversammlung zur Genehmigung unterbreitet, nach dem Rezept von Frau Martha in Göthes «Faust»: «Die Mutter sieht's wohl nicht, man macht ihr auch was vor!»

Man beachte, mit welcher Unverfrorenheit (in den von uns hervorgehobenen Stellen) da Verallgemeinerungen aufgestellt werden, für die der betreffende Artikelschreiber wohl selbst in Verlegenheit wäre, den Nachweis zu erbringen, wenn wir ihn an den Ohren vor den Richter ziehen wollten. Und gar die vollständig aus der Luft gegriffene Behauptung, dass «die Waren in der Regel zu hoch zu Buche stehen»! Was weiss er denn, was kann man denn hierüber wissen, wenn man nicht selbst einer grossen Anzahl von Inventaraufnahmen beigewohnt hat?

Die Krämer natürlich haben nicht zu fürchten, dass man ihre Bilanzen und ihr inneres Geschäftsgebaren unter die Lupe nimmt; sie haben wohl ihre guten Gründe dazu, denn wenn die Wäsche dieser «Ehrenmänner» ebenso öffentlich gewaschen würde, wie die der Konsumvereine, na, dann brauchte man wohl für den Spott weniger besorgt zu sein als — um Desinfektionsmittel. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, dass dies bei a l l e n Krämern zutrifft — geben wir doch gerne zu, dass es einzelne unter ihnen gibt, deren Geschäftsführung sich jederzeit sehen lassen kann — soviel ist jedoch sicher, dass auf ihren Stand eine Verallgemeinerung wie die eben gekennzeichnete viel eher angebracht wäre, als die von dem Artikelschreiber begangene. Uebrigens ist dies für den aufgeklärteren Teil des Publikums eine dermassen abgemachte Sache, dass es sich erübrigt, darüber noch weitere Worte zu verlieren. Solange diese Kläffer sich damit begnügen, uns bloss anzuknurren, ist dies ja auch nicht schlimm, wenigstens hat es uns bis jetzt noch nichts geschadet. Wenn jedoch die «Bulldoggen», die sich unsere «Freunde» vom Mittelstand nun zugelegt haben, sich nicht mehr damit begnügen sollten zu kläffen, sondern uns etwa gar anpacken wollten, dann müssten wir allerdings einen Prügel zur Hand nehmen.

Was nun die angeblichen *Gefahren des konsumvereinlichen Sparkassenbetriebs* anbelangt, so hat einer unserer Freunde bereits darauf geantwortet. Seine auf der vierten Seite des «Genossenschaftlichen Volksblattes» des Konsumvereins Wetzikon-Hinwil erschienenen Ausführungen sind so treffend, dass sie verdienen, hier wiedergegeben zu werden.

. . . Wenn in genanntem Artikel davon gefaselt wird, schreibt daselbst unser Gewährsmann, dass die den Konsumvereinen anvertrauten Gelder nicht sicher angelegt seien, u. a., weil zu deren Deckung nur die Warenlager vorhanden seien und im Falle einer *plötzlichen Liquidation* nicht ausreichen würden, die Gläubiger zu befriedigen, so erscheint uns eine solche Diskreditierung der Konsumvereine *in dieser Verallgemeinerung als eine frivole, unqualifizierbare Handlungsweise.* Bei den überzeugten Genossenschaftern freilich wird eine solch unflätige Heruntermachung ihres Institutes den Zweck gründlich verfehlen, es kann damit höchstens auf diejenigen abgesehen sein, die sich ein eigenes Urteil nicht zu bilden vermögen.

Aus dem Umstand, dass gerade in jüngster Zeit wieder, wie übrigens schon früher zu gewissen Krisenzeiten, eine grosse Anzahl Banken und Sparkassen-Institute der Schweiz verkracht sind, zieht das Rabattblatt den Schluss, dass auch die bei den Konsumvereinen angelegten Gelder der Gefahr ausgesetzt seien. Eine sehr einfache Schlussfolgerung! Wenn man nach dem gleichen Rezept verfahren wollte, so könnte man mit demselben Recht behaupten, es wäre überhaupt jede Geldleihung mit Gefahr des Verlustes verbunden. Denn Tatsachen kann das Rabattblatt keine anführen! Man müsste in Zeiträumen von Jahrzehnten zurücksuchen, und könnte nicht so viele Fälle namhaft machen über verkrachte Konsumgenossenschaften, wie in ein paar Jahren Bankkrache vorgekommen sind. Und die Konsumgenossenschaften sind im Lande wohl zahlreicher vertreten wie die Bankinstitute. Tatsache ist, dass die meisten Banken und Sparkassen verkracht sind wegen den von den Verwaltungsorganen verübten unverantwortlichen Spekulationen in Wertpapieren. Kann der Rabattblatt-Redaktor den Konsumvereinsorganen diesen Vorwurf auch machen?

Wenn ferner in genanntem Artikel gesagt wird, die Sicherheit der den Konsumvereinen geliehenen Gelder bestehe nur in den Warenlagern, so betrachten wir das noch gar nicht als so schlimm, denn die Waren, *die täglich von allen Leuten naturnotwendig gebraucht werden müssen,* behalten ihren Wert zum mindesten viel eher als z. B. Maschinen und dergl. Selbst eine Zwangsliquidation von allgemeinen Konsumwaren wäre leicht ohne grossen Verlust auf den Einstandspreisen durchzuführen.

Den kaufmännischen *soliden* Grundsätzen entspricht es, wenn die Warenvorräte *zu den Einkaufspreisen* ins Inventar eingestellt werden. Nach dem Rabattblatt würden aber die Warenlager der Konsumvereine viel zu hoch in die Aktiven eingestellt, so dass im Falle einer plötzlichen Liquidation diese Waren kaum die Hälfte dessen gelten würden. Dies ist, allgemein gesprochen, eine *absichtliche Verdrehung der Tatsachen.*

Wohl ohne Ausnahme werden die Warenlager in Konsumvereinen mindestens nicht höher als zu den Ankaufspreisen inventiert, ja, in vielen Genossenschaften, hauptsächlich den ältern, werden die Vorräte noch zum Teil weit unter Ankauf in die Aktiven aufgenommen und dadurch stille Reserven gesammelt, zum Zwecke, das Unternehmen auf eine möglichst solide Basis zu stellen. (Gerade diese letzteren Bemerkungen unseres Gewährsmannes möchten wir ganz besonders unterstreichen. D. Red. des S. K. V.)

Dass neu gegründete Konsumvereine eine Anzahl Jahre benötigen, um sich eigene Genossenschaftsgelder oder Reserven anzusammeln, ist etwas Selbstverständliches, wenigstens ist das Bestreben hiefür bei allen Konsumgenossenschaften, die dem V. S. K. angeschlossen sind, wohl ohne Ausnahme in redlicher Weise vorhanden. Die älteren, prosperierenden Konsumvereine verfügen in der Regel über Reserven, die ihrem Geschäftsbetrieb und -Umfang in genügender Weise entsprechen. Dass man massgebenden Ortes das Bestreben hat, die Reserven in den Konsumvereinen *ohne zeitliche und quantitative Einschränkung stetsfort zu äufnen,* beweist der Umstand, dass eine solche Bestimmung in den meisten Vereinsstatuten festgelegt ist. Diejenigen, die sich gegen eine solche, die Sicherheit des Unternehmens verbürgende Bestimmung, gelegentlich oppositionell verhalten, dürften sich in sehr geringer Zahl vorfinden.

Wissentliche Verdächtigungen und Verleumdungen werden an den Haaren herbeigezogen, um die Konsumvereine in den Augen des Publikums blosszustellen, es wird den Rabattlern aber kaum viel eintragen; es muss ja jeden rechtdenkenden Leser des Rabattblattes mit *Ekel* erfüllen, wie dasselbe gegen eine auf breiter Grundlage aufgebauten Institution, die die Konsumvereine vertreten und die seit 50 Jahren sich immer grössere Anhängerschaft erworben hat, Nummer für Nummer in schamloser Weise lästert. Vielleicht bringen sie es mit dieser Schreibweise noch dazu, dass die organisierten Konsumenten den bisher mit den Rabattfirmen noch unterhaltenen Verkehr gänzlich einstellen und die Läden der Rabattleute ganz meiden, wofür sich die Betroffenen bei ihrem Leibblatte zu bedanken hätten. Man vergesse nicht, indem man die Konsumvereine verlästert, beschimpft man auch die in denselben organisierten Konsumenten, deren Kaufkraft man gerne sich nutzbar machen möchte.

Herr Regierungsrat Tschumi und die Konsumvereine.

Von den Händler- und Rabattblättern abgesehen, erzielte Herr Tschumi mit seinem Konsumvereinsvortrag in Langenthal keine gute Presse.

Im «Freien Schweizer Arbeiter» setzte sich Herr Otto Lauterburg in längeren Ausführungen mit dem Berner Magistraten auseinander und fasst seine offenherzige, und durchaus objektive Kritik zusammen in die vielsagenden Worte: «Der Vortrag ist kein Ruhmesblatt für einen bernischen Regierungsrat.»

Ebenso scharf wie treffend wird Herr Tschumi in der «Arbeit», dem Organ der Maler und Gipser der Schweiz, abgefertigt. Wir lesen in diesem Artikel u. a.:

«An der Jahresversammlung des Schweiz. Gewerbevereins in Langenthal forderte Regierungsrat Dr. Tschumi, Mitglied der Berner Regierung, in glänzendem Votum, wie es im Verbandsorgan der Maler- und Gipsermeister heisst, auf, von Konsumvereinen nichts zu beziehen. Wenn ein Krämer an dieser Tagung so gesprochen hätte, so brauchte niemand ein Wort darüber zu verlieren. Aber wenn ein Regierungsmann, der gewöhnlich bei Antritt seiner Regierungstätigkeit den Eid ablegt, dass er doch unparteiisch die Interessen der ganzen Bevölkerung will wahren helfen, gewissermassen zum Boykott einer Bewegung auffordert, die so tief Wurzeln beim Volke geschlagen hat, dann muss der Herr entweder sonder-

bare Begriffe von den Pflichten einer Regierung haben, oder er bestätigt selbst, dass er Klasseninteressen vertritt und nicht die des Volkes im allgemeinen.

Konsequent wäre es gewesen, wenn der Herr Regierungsrat den Gewerbetreibenden auch empfohlen hätte, von Konsumvereinen keine Aufträge entgegenzunehmen. Für diesen Rat würden sich aber die Gewerbevereinler sehr bedankt haben, denn die Konsumvereine, als sichere Zahler, sind eine sehr gesuchte Kundschaft der Herren. Das ist auch begreiflich. Die Konsumvereine haben bei ihrer fortgesetzten aufsteigenden Entwicklung grosse Baubedürfnisse zu befriedigen. Um diese Arbeit bewerben sich Meister aller Branchen stark. Zum Beispiel machten für den Millionenbau des Lebensmittelvereins Zürich 90 Malermeister Zürichs Offerten für die Malerarbeiten. Nur ein verschwindender Teil dieser Malermeister gehörte dem Lebensmittelverein an, aber gewiss ein jeder hat die Offerte in der Absicht gemacht, einen Brocken der Arbeit zu erhalten. So wie in Zürich verhalten sich die Schützlinge des Herrn Regierungsrates überall....»

Die «Schweiz. Gewerbezeitung» das Leiborgan des Herrn Tschumi, beschränkt sich in seiner Verlegenheit darauf, die zustimmenden Presserzeugnisse der Spezialorgane zu registrieren.

Auch der „Kompass" bleibt nicht zurück

und beschäftigt sich mit dem Artikel, den wir Herrn Dr. Tschumi gewidmet haben. Da aber unserm «Kompassfreunde» Sachlichkeit eine fremde Sphäre zu sein scheint, wirft er sich mit kannibalischer Gier auf uns — um uns mit Haut und Haar zu verspeisen! —

Vorher werden wir aber mit einer Reihe «wohlklingender» und «geschmackvoller» Titel beehrt wie: «Fracksozialisten bürgerlicher Herkunft», «blutjunge Leute .... die mit ihrem wurmstichigen Probierstecken wie wütendgewordene Wasserschmöcker im Nebel herum fuchteln» u. a. m.

Ausserdem hat der Herr Redaktor entdeckt, dass wir ein junger Mann sind, der «durch den Mechanismus einer universitätlichen Schnellpresse getrieben» worden sei. Uns schaudert darob! Schade, dass wir den Herrn Redaktor des «Kompass» nicht so genau kennen, vielleicht würden wir dann entdecken, dass er ein, im kleinlichen Alltagskram vertrockneter und giftelnder Philister ist.

Doch genug. Wir konstatieren, dass sich der «Kompass» bisher noch nie so wild gebärdet hat. Ein Beweis, dass er furchtbar erbost ist — und wir mit unserm Artikel gegen Dr. Tschumi ins Schwarze getroffen haben. Und darüber freuen wir uns.

Aus der Praxis

Ueber Manki und Vorschüsse in den Konsumfilialen.

In den Verkaufsstellen der Konsumvereine spielt vor der Inventaraufnahme der Warenbestände die Frage «Manko oder Vorschuss» eine grosse Rolle. Mit einer leichtverständlichen Unruhe sieht das Ladenpersonal den Tag herankommen, wo das Inventar aufgenommen wird, resp. wo das Resultat der Ausrechnung vorliegt. Selbst da, wo infolge gewissenhafter und exakter Geschäftsführung eine gewisse Sicherheit für ein günstiges Inventarergebnis vorausgesetzt werden kann, sieht das Personal mit Spannung dem Resultat entgegen. Sind es doch der Umstände so viele, welche nach dieser oder jener Richtung einen Einfluss auf das Gesamtergebnis ausüben können. Es wirken zum Teil Umstände mit, die bei oberflächlicher Betrachtung der Vorgänge in einer Konsumfiliale gar nicht in Berücksichtigung gezogen werden oder denen man wenig oder keine Bedeutung beimisst.

Die Frage nach den Ursachen der oft in Konsumfilialen vorkommenden Manki ist ausserordentlich wichtig und der Erörterung wohl wert. Sie ist für die Vereinsverwaltungen wie für das Personal von gleich grosser Bedeutung. Für letzteres in erster Linie deshalb, weil es in den meisten Vereinen das Manko zu tragen hat. Es kann dadurch sehr oft in bedeutendem Masse finanziell in Mitleidenschaft gezogen werden, ohne dass immer ein Verschulden des Verkaufspersonals vorliegt. Sofern die Ursache des Mankos nicht zutage tritt und die Verwaltung keine Anhaltspunkte dafür findet, wird mangelhafte Geschäftsführung angenommen. Dann haftet das Ladenpersonal für die Fehlbeträge. Anders liegt die Sache bei offenbar zutage tretenden Mängeln in der Warenabgabe, bei ungenügenden Einrichtungen gegen Verderbnis der Waren, bei Gefahr des Abhandenkommens von Waren oder bei Unehrlichkeit des Personals. Dagegen wird die Verwaltung die nötigen Massnahmen treffen können. Kommen aber trotz aller Vorsichtsmassregeln immer wieder Fehlbeträge vor, so stehen die verantwortlichen Organe, Personal und Verwaltung, sehr oft vor Rätseln, die zu lösen es sehr schwer hält.

Vereinsvorstände, Genossenschafter zeichnet Anteilscheine zugunsten der Ferienheimgenossenschaft!

Was hier von den Manki gesagt ist, gilt natürlich auch für die Vorschüsse bei den Ladeninventaren. Nach den gemachten Erfahrungen sollen sich normalerweise kleine Vorschüsse ergeben. Sind die Vorschüsse jedoch zu gross, so gilt es zu untersuchen, welches die Ursachen sein können. Sind Waren doppelt geliefert oder gelieferte dem Laden nicht belastet worden, hat das Personal die Waren wissentlich oder unwissentlich zu höheren als vorgeschriebenen Preisen abgegeben, hat es geringe Waren für bessere verkauft, wurde zu knapp gewogen und gemessen? Alles das sind Fragen, die bei grossen Vorschüssen in Betracht gezogen werden müssen.

Wenn man annimmt, in welchen Mengen viele Waren abgegeben werden müssen, so ist es sofort klar, dass bei ganz unmerklichen Differenzen im einzelnen doch grosse Summen in Frage kommen können. Um die Möglichkeit von Inventardifferenzen zu erklären, wurde vor einigen Jahren durch die Ladenkontrolle des A. C. V. in Basel eine Untersuchung angestellt und das Ergebnis in einem Berichte zusammengefasst. In diesem Bericht wurde unter anderm auch auf den grossen Verkehr hingewiesen. In einem Lokal wurden verkauft in sieben

Stunden an 427 Personen 1142 Artikel im Betrage von Fr. 519.67, in einem andern in zwei Stunden an 122 Personen 301 Artikel für Fr. 104.92, in einem dritten in fünf Stunden an 340 Personen 845 Artikel für Fr. 381.62, in einem vierten in $4^1/_2$ Stunden an 217 Personen 501 Artikel für Fr. 241.58. An einem Ostermontag verkehrten von 8—1 Uhr in 15 Lokalen 5658 Kunden, die 10,187 Artikel für Fr. 4217.60 bezogen. Je grösser sich der Verkehr in einem Ladenlokal gestaltet, desto eher können Vorkommnisse entstehen, die Inventardifferenzen möglich machen.

Das Vorkommen von Manki kann im übrigen in folgenden Ursachen gesucht werden:

1. Wenn beim Abwiegen der Ware nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen wird. Wenige Gramm am einzelnen Paket zuviel oder an einem Sack nur 99 anstatt 100 Kilo herausgewogen, macht das Jahr hindurch Beträge aus, die zu Verlust resp. Manko führen.

2. Bei Milch und Oel, das heisst bei konsistenten Flüssigkeiten, kann bei ganz sorgfältigem Messen mehr als das richtige Mass gegeben werden, da hiezu Masse mit grosser Fläche verwendet werden.

3. Durch Verschütten von allerlei Flüssigkeiten, Zerschlagen von gefüllten oder leeren Flaschen, Zerbrechen von Eiern und dergleichen.

4. Durch unrichtiges Herausgeben von Geld. Während fast immer reklamiert wird, wenn zuwenig herausgegeben wurde, so dürfte dies bei Mehrherausgabe seltener der Fall sein.

5. Bei Neulingen im Ladendienst und auch bei älteren Personen kommt es vor, dass nicht alle servierten Artikel berechnet werden, wie Petrolkannen, die auf den Boden gestellt werden, oder Artikel, welche zu früh in den Korb wandern.

6. Durch Nichterhalt belasteter Waren kann Manko entstehen. Aber bei etwelcher Vorsicht können grosse Fehler nicht vorkommen. Würde ein Artikel gar nicht geliefert, so müsste das dem Ladenpersonal, wenn auch nicht bei Abnahme der Ware, so doch dann bemerkbar werden, wenn die Ware fehlt, die man doch kurz vorher erhalten haben sollte.

7. Das Eintrocknen von Waren kann auch von nachteiligem Einfluss auf das Inventarergebnis sein, namentlich wenn Artikel, die dem Eintrocknen stark ausgesetzt sind, nicht richtig gelagert werden. (Eier, dürres und frisches Obst, Seife, Käse etc.)

8. Kommt in Frage, ob die eigene Konsumation des Personals im Laden regelmässig und voll bezahlt wird. Bei der verhältnismässig langen Dienstzeit des Ladenpersonals muss diesem die Einnahme einer Erfrischung gestattet sein, die zumeist dem Laden entnommen wird und deren Bezahlung mit oder ohne Absicht vergessen werden kann.

9. Bei grösserem Kreditgeben werden immer Verluste entstehen, ja es besteht wenig Sicherheit, ob auch alle kleinen Kreditposten immer gewissenhaft notiert und einkassiert werden. Wenn die Ausstände nicht eingehen, werden sie dann vom Ladenpersonal gedeckt? Strikte Durchführung der Barzahlung schützt allein vor Verlusten.

Untersucht man nun, welche Ursachen für Vorschüsse bei den Ladeninventuren zutreffen können, so lassen sich zum Teil die gleichen Gründe angeben, wie bei der Entstehung von Manki. Namentlich was das Ausmessen von Flüssigkeiten und Abwägen von Waren anbetrifft, kommt es sehr darauf an, wie das geschieht. Im besonderen lassen sich Vorschüsse erklären:

1. Durch Gewichtsdifferenzen beim Wiegen der offen in die Lokale gesandten Waren. Wiegt man ein Paket von $^1/_2$ oder 1 kg genau ab, so dass die Düte exakt das Nettogewicht enthält, und nimmt 2 Gramm aus der Pfunddüte oder 5 Gramm aus dem Kilopaket, so wird die Wage immer noch gut ziehen. Angenommen, ein Lokal verkauft im Jahr 100 Säcke Mehl, wovon je ca. 100 $^1/_2$ Kilo- und 50 1 Kilo-Pakete, so ergibt dies im Jahr bei einem Artikel einen ansehnlichen Ueberschuss. Solcher Artikel gibt es eine grosse Anzahl, z. B. Zucker, Gries, Hülsenfrüchte etc. Die verkauften grossen Quantitäten mit den kleinen Differenzen multipliziert, müssen ziemliche Summen ausmachen.

2. Durch Aufrunden der vielen Bruchstücke von Rappen, die bei Abgabe und Berechnung kleiner Quantitäten entstehen. Beim Verkauf von Eiern nach Gewicht muss bereits bei jedem Posten ein Bruch von 0,1 bis 0,9 Cts. für ganz gerechnet werden. Das gleiche trifft auch oft bei Käse, Speck und dergl. zu. Bei Abgabe von Artikeln, die meist im kleinen ($^1/_8$ und $^1/_4$ Kilo) verkauft werden, entstehen ebenfalls viel Brüche, die aufgerundet werden. Genannt seien: Paniermehl, Vogelfutter, Gewürze, Mandeln, Weinbeeren, Rosinen, Malzzucker, Kandis, Haferkernen, Hafermehl, Reis, Feigen, Amlung. Vier Düten à $^1/_4$ oder $^1/_8$ Kilo wiegen überdies mehr als eine 1 Kilodüte.

3. Beim Ausmessen von Flüssigkeiten. Abgesehen von etwa vorkommendem zu knappem Messen werden zum Holen von offenem Wein sehr oft Flaschen verwendet, die nicht einen Liter fassen, so dass oft ein Rest übrigbleibt, der weiterverkauft wird.

4. Bei der Milchabgabe, wenn sie in kurzer Zeit und schnell vor sich gehen muss. Bei tiefer Temperatur der Milch im Winter schäumt sie, wobei das genaue Messen schwierig ist. Um eine Kontrolle des Masses durch die Mitglieder zu ermöglichen, ist im A. C. V. Basel die Abgabe von geaichten Milchgefässen an die Mitglieder erwogen worden.

5. Es kann vorkommen, dass vom Hauptmagazin Waren geliefert, aber nicht belastet werden. Grössere Summen kommen dabei allerdings nicht in Betracht, weil das Fehlen ganzer Säcke oder Kisten bei etwelcher Aufmerksamkeit sofort bemerkt wird, vorausgesetzt, dass die eingehende Ware vom Ladenpersonal überhaupt kontrolliert wird, was für selbstverständlich gilt.

6. Vorschüsse müssen entstehen, wenn geringe Waren für bessere verkauft, höhere Preise verlangt oder die Abschläge nicht eingehalten werden. Das Gegenteil tritt ein, wenn die Aufschläge nicht beachtet werden. Preisänderungen sollten daher stets nicht nur im «Genossenschaftlichen Volksblatt» publiziert, sondern auch durch Affichen im Laden bekannt gemacht und so plaziert werden, dass sie sowohl dem Publikum als dem Personal vor Augen sind.

Wenn hier im einzelnen eine Anzahl von Ursachen der Inventardifferenzen aufgezählt sind, so erübrigt es sich, noch einige allgemeine Bemerkungen beizufügen. Die Forderung einer genauen und sorgfältigen Geschäftsführung ergibt sich von selbst, desgleichen die schon genannte strikte Durchführung der Barzahlung. Nur diese schützt vor Verlusten. Eine weitere vorbeugende Massnahme ist die ständige Kontrolle des Ladenpersonals und seiner Funktionen, der Lagerung und Behandlung der Waren. Um das Publikum vor Uebervorteilung durch mangelhaftes Gewicht zu schützen, sollten möglichst viele Artikel im Magazin vorgewogen und verschlossen in die

Lokale geliefert werden. Um eine bessere Kontrolle der Einnahmen zu ermöglichen, ist man vereinzelt zur Anschaffung von Registrierkassen geschritten. Allein solche sind sehr teuer und die Handhabung umständlich. Da wo der Verdacht der Unredlichkeit besteht, wird ein öfteres Inventieren notwendig sein. Das Verlangen des Verkaufspersonals nach vierteljährlichen Inventuren ist im übrigen nicht unberechtigt. *F.*

Volkswirtschaft

Amtliches Blaubuch über die Teuerung. Einen ausserordentlich interessanten Einblick in die Steigerung der Lebenskosten in England seit dem Jahr 1896 gibt ein soeben erschienenes Blaubuch, das auf Grund des amtlichen Materials feststellt, dass parallel mit den meisten übrigen Staaten Europas auch in Grossbritannien die Lebensmittelpreise um nicht weniger als rund 25 Prozent gestiegen sind. In den letzten sieben Jahren allein beträgt die Steigerung der Preise für Mieten, Lebensmittel, Heizung und Kleidung 10 Prozent. Den gewaltigsten Preiszuwachs verzeichnet die Kartoffel, die seit dem Jahre 1896 in 88 grossen englischen Städten um 46 Prozent im Preise gestiegen ist, in Lancashire sogar um 62 Prozent. Kohlen stiegen um 22,5 Prozent, Käse, Brot, Mehl, Eier und Schweinefleisch um 10—20 Prozent, Butter, Milch und heimisches Schlachtfleisch um 9 bis 10 Prozent und eingeführtes Fleisch um 9 bis 11 Prozent. Nur der Zucker ist alles in allem genommen nicht teurer geworden, und beim Tee lässt sich eine geringe Verbilligung feststellen.

Jedenfalls aber haben die englischen Konsumenten uns gegenüber den grossen Vorteil voraus, dass ihnen die Preise für die notwendigsten Lebensmittel nicht noch künstlich durch hohe Einfuhrzölle verteuert werden. So sind z. B. die Fleischpreise trotz der Teuerung in England immer noch um mindestens einen Drittel niedriger als bei uns — was bekanntlich unsere Bauernführer nicht hindert für die nächste Zolltarifrevision noch höhere Einfuhrtaxen zu verlangen.

Deshalb sagen wir: wenn wir nur erst einmal so weit wären wie die englischen Konsumenten, dann könnten wir uns allenfalls noch über die durch natürliche Umstände verursachte Teuerung hinweg trösten.

Mittelständisches Genossenschaftswesen

Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H.

Eine grössere Anzahl von Breslauer Kolonialwarenhändler hat schon vor Jahren einsehen gelernt, dass zur Hebung des eigenen Standes mit dem Bekämpfen der Konsumvereine gar nichts zu erreichen ist; viel dagegen durch den eigenen genossenschaftl. Zusammenschluss zum gemeinsamen Wareneinkauf.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft breslauer Kolonialwarenhändler steht heute im 12. Jahre ihrer Existenz, und was sie besonders von den wenigen, bisher mit Erfolg auftretenden Genossenschaften dieser Art unterscheidet, ist, dass sie bereits die Eigenproduktion einzelner Waren bis zu einem gewissen Grad entwickelt hat.

Es ist daher auch für die Konsumvereinsleitungen von Interesse, über die Entwicklung und den Umfang dieser mittelständischen Genossenschaft einige Angaben zu erhalten.

Mit ganz wenigen Genossen und einem geringen Betriebskapital wurde im Jahre 1902 der gemeinschaftliche Wareneinkauf eröffnet. Am 1. Januar 1913 zählte die Genossenschaft 384 Mitglieder mit 1668 Geschäftsanteilen, oder einem eingezahlten Kapital von 420,580 Mark. Von 1,510,000 Mark stieg der Umsatz 1912 auf 5,268,367 (1911=4,647,161). Der gemeinschaftliche Einkauf in Kolonialwaren betrug 3,629,818 Mark oder 9,453 Mark auf das einzelne Mitglied berechnet.

Neben Kolonialwaren werden seit 1910 auch Zigarren gemeinsam eingekauft, sowie Weine und Spirituosen. Seit kurzem besitzt die Genossenschaft eine eigene Destillation.

Von entwickelteren Produktionsbetrieben sind zu nennen:

1. Die Brotfabrik. Der Umsatz in Brot betrug im Jahre 1912 1,419,693 Mark gegen 1,185,688 M. im Jahre 1911.

2. Die Mineralwasserfabrik. Es wurden hergestellt und an die Mitglieder abgesetzt 1,000,525 Flaschen Selter und Limonaden im Gesamtbetrage von 50,084 Mark.

3. Aus der eigenen Kaffeerösterei wurden 526,814 Pfund Kaffee abgesetzt.

Nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen wies sich ein Reingewinn von 233,677 Mark auf, darunter ein Posten von 40,460 M. einzig an Diskontogewinn durch Barzahlung der Lieferanten.

An Reserven sind vorhanden 74,962 M. 1909/10 beschäftigte die Genossenschaft 70 Angestellte; dem Aussenverkehr dienten 11 Brotwagen, 9 Rollwagen, 4 Leiterwagen und 30 Pferde.

Aus unserer Bewegung

Appenzell A./Rh. (Korr.) Jahresbericht und Rechnung des *Konsumvereins Trogen-Wald-Speicher* sind im Druck erschienen und an die Mitglieder zur Verteilung gelangt. Wir entnehmen denselben folgende Angaben von allgemeinem Interesse. 52 Eintritten stehen 50 Austritte gegenüber, wonach die Zahl der Mitglieder von 1183 auf 1185 gestiegen ist. Die Verwaltung bemerkt in ihrem Bericht, dass der Verein so ziemlich seinen Höhepunkt erreicht haben dürfte, sofern nicht neue Geschäftszweige, wie Brot, Schuhwaren, Ellenwaren, eingeführt werden. Der Umsatz betrug Fr. 301,530 und hat um Fr. 2372.— abgenommen infolge geringerem Bezug von Nichtmitgliedern, welcher sich von Fr. 15,154.— auf Fr. 12,881.— reduziert hat. Der Reservefonds erfährt einen Zuwachs von Fr. 1025.— und steigt damit auf die immerhin bescheidene Höhe von Fr. 21,958. Das Geschäftsjahr war ein normales und es beantragt die Verwaltung eine Rückvergütung von 13% des Warenbezuges an die Mitglieder. Wir finden dies, offen gesagt, zu hoch und hätten lieber eine grössere Zuteilung zum Reservefonds und grössere Abschreibungen am Warenkonto, an Mobilien und Immobilien gesehen.

Vom Verband wurden Waren im sehr bescheidenen Betrage von Fr. 43,500.— bezogen. Auch hier wäre entschieden eine stärkere Inanspruchnahme unserer Grosseinkaufsstelle höchst wünschbar. Den grössten Bezug machte ein Mitglied in Wald mit Fr. 1799.—, in Speicher mit Fr. 1791.— und in Trogen mit Fr. 1088.—. Diese beziehen also an Rückvergütungen rund Fr. 234.—, Fr. 233.— und Fr. 140.—, welche für die betreffenden Familien eine sehr erfreuliche Einnahme bilden, die mühelos erworben wurde.

Einige Bemerkungen über das «Genossenschaftliche Volksblatt», welches den Mitgliedern einige Zeit gratis zugestellt wurde, übergehen wir hier, weil sie von einer sehr beschränkten genossenschaftlichen Treue und Einsicht Zeugnis ablegen. Möge der richtige genossenschaftliche Geist sich auch in diesem Verein allmählich durchringen und mehr und mehr Boden fassen.

An freiwilligen Liebesgaben für verschiedene gemeinnützige Vereine und Institutionen sind pro 1911/1912 Fr. 500.— ausgeworfen worden und den gleichen Betrag beantragt die Verwaltung wieder für das Rechnungsjahr 1912/13 anzusetzen. Ein besonderer Baufonds weist einen Bestand von Fr. 1634.—, ein Dispositionsfonds Fr. 408.— auf. An Warenvorräten erzeigt die Bilanz Fr. 20,679.—, an Liegenschaftswerten Fr. 52,000.—, worauf Fr. 30,500.— an Hypotheken lasten. Die Verwaltungsspesen beziffern sich auf Fr. 3395.—, die Obligationenschuld beträgt Fr. 30,400.—. An Landes- und Gemeindesteuern wurden in Trogen Fr. 1355.10, in Wald Fr. 1613.40 und in Speicher Fr. 1472.45, zusammen also der enorme Betrag von Fr. 4440.95 bezahlt. Ueberdies musste noch eine Getränkesteuer von Fr. 210.— bestritten werden. Diese Summe könnte wesentlich reduziert werden, wenn die Rückvergütungen auf ein bescheideneres Mass von vielleicht 10% angesetzt und dafür die Waren billiger abgegeben oder am Warenlager und den Immobilien mehr abgeschrieben würde. Für den Fiskus freilich bilden diese hohen Summen an Rückvergütungen ein willkommenes, wenn auch noch so ungerechtfertigtes Steuerobjekt. Angesichts der heutigen Zinsverhältnisse beantragt die Verwaltung die Erhöhung des Zinsfusses von 4¼ auf 4½%, was sich die Mitglieder wohl ohne Bitterkeit und Opposition gefallen lassen werden.

Baden. Frauenabende. (K.-Korr.) Der bereits erwähnte «Diskussionsabend» findet Donnerstag, den 28. August, abends, im Restaurant «Kunstgütli» statt. Ausser einem kurzen Referate über allgemeine genossenschaftliche Fragen, werden Mitteilungen über unsere eigenen Betriebsanstalten gemacht werden. Selbstverständlich wird auch für gegenseitige Aussprache der Besucher die nötige Zeit reserviert sein. Es handelt sich also um eine ernste genossenschaftliche Sache und nicht etwa nur um eine Entente cordiale mit den Genossenschafterinnen, und darum ist auf eine recht zahlreiche Beteiligung derjenigen zu hoffen, die das Arrangement dieser Konferenzen getroffen haben; dann wird der Nutzen auch nicht ausbleiben.

Jona. Trotz Zunahme der Mitgliederzahl verzeichnet dieser Konsumverein im 1. Semester 1913 einen Umsatzrückgang von ca. Fr. 2000 auf eine Summe von Fr. 112,274. Für das Jahr 1912 mussten *Fr. 2549 an Steuern* entrichtet werden. Was andere Vereine in der übrigen Schweiz in die Reserven einlegen, das müssen die St. Galler Vereine dem Fiskus ausliefern! Kein Wunder, wenn sie sich nur mühsam auf dem grünen Zweig halten können.

Kirchberg. Während die ersten 6 Monate des soeben beendeten Geschäftsjahres eine Umsatzvermehrung von Fr. 10,698 aufweisen, ging dieselbe im zweiten Semester auf Fr. 1384 zurück. Der Gesamtumsatz pro Juli 1912 bis 30. Juni 1913 beträgt immerhin noch Fr. 181,240, d. i. dem Vorjahr gegenüber ein Mehr von Fr. 12,046. Während der gleichen Zeit ist die Zahl der Mitglieder von 384 auf 408 angewachsen. Die Reserven sind mit den diesjährigen Einlagen auf Fr. 30,000 gestiegen. Der Betriebsüberschuss gestattet die Ausrichtung der gewohnten Rückvergütung von 10%. Besonders befriedigend äusserst sich der Bericht über die Bedienung seitens des Verbandes.

Laufenburg. (K.-Korr. aus Baden.) Der hiesige Konsumverein, dessen Wirtschaftsgebiet auf beide Rheinufer sich erstreckt, hat am 14. August, dem katholischen Feiertag, die günstige Gelegenheit benützend, da im «Züribiet» kein solcher war, den diesjährigen Ausflug nach Kempttal gemacht, an dem zirka 20 Personen sich beteiligten. Der Zweck war eine Besichtigung der berühmten und in Konsumvereinskreisen wohlbekannten Suppen-Fabrik der Firma Maggi, deren interessantester Teil die Muster-Landwirtschaft, der grossangelegte Gemüsebau und die Musterbewohner der Ställe bildet, die die Bewunderung aller Besucher erweckten. In kulanter und verdankenswerter Weise liess die Firma es sich nicht nehmen, die Besucher aus dem aargauischen Rheintal zu bewirten. Am Nachmittag fand dann noch ein Besuch der Herrlichkeiten der Metropole des «Züribietes» statt und heimwärts ging es wieder in die Waldstadt am Rhein.

Näfels. Trotz einer äusserst aufsässigen Konkurrenz geht es auch hier vorwärts. Von Fr. 48,974 im Jahre 1911 und Fr. 55,168 im Jahre 1912 stieg der Umsatz am Ende des auf 31. April 1913 abgeschlossenen Geschäftsjahres auf Fr. 64,538. Der Neubau, von dem wir Ende vorigen Jahres bereits berichteten, ist nun fertiggestellt und wird demnächst bezogen. Das Gebäude bietet für eine Reihe von Jahren genügend Raum, und sollte der Verein sich rasch vermehren, so wird es ein leichtes sein, im Wohnhaus Platz für weitere Magazinräume zu schaffen.

Rheinfelden. (E.-Korr.) Besteuerung. Der Erfolg und die Lorbeeren anderer krämerlich gesinnten Steuerkommissionen haben auch diejenige von Rheinfelden nicht länger ruhen lassen. So hat sie denn gleich einen währschaften Lupf getan und dem Allgemeinen Konsumverein die Steuerquote pro 1913 auf nahezu den doppelten Betrag gegenüber dem Vorjahre erhöht. Es ist ja längst klar genug nachgewiesen worden (siehe z. B. Nr. 33 des «Konsum-Verein»), wie unsinnig es ist, die Rückvergütungen der Konsumgenossenschaften kurzweg als Erwerb zu taxieren. Gegen Profitinteressen kommt jedoch die schärfste Logik nicht auf. Jene konsumentenfeindliche Praxis in der Steuertaxation wird sich behaupten, solange in den Steuerbehörden die kapitalistischen und krämerlichen Interessen den Ausschlag geben. Letzteres müsste zwar nicht notwendig der Fall sein, zumal nicht in unserer vorwiegend industriellen Gemeinde, wo der Konsumverein einen so bedeutenden Teil der Bevölkerung umfasst.

Die Kreiskonferenz V findet am 12. Oktober in Rheinfelden statt. Allbereits trifft unser Vorstand Vorbereitungen zu einem würdigen Empfang, Verpflegung und Unterhaltung der werten Gäste. Als Versammlungslokal ist der städtische Rathaussaal in Aussicht genommen.

Verbandsnachrichten

Ferienheim-Postkarten.

Schon wiederholt haben wir im Warenbericht (vergl. Nr. 64 und 66) die den Verbandsvereinen übersandten Ferienheim-Postkarten empfohlen.

Die Missverständnisse, die über den Zweck dieser Karte immer noch auftauchen, veranlassen uns, auch an dieser Stelle folgende Erklärung und Mitteilung abzugeben.

Wie wir in unserem frühern speziellen Zirkular an die Vereinsvorstände dargelegt haben, dient der Verkauf der Ferienheim-Postkarten dem Zwecke, einen Fonds für die zu gründende Genossenschaft für Ferien- und Erholungsheime zu schaffen.

Wir möchten die Vereinsverwaltungen ersuchen, die ihnen übersandten Plakate in den Verkaufslokalen an sichtbarer Stelle aufzuhängen und auch den Inseratenteil auf der vierten Seite des «Genossenschaftlichen Volksblattes» zu benützen, um die Mitglieder über den wirklichen Zweck des Vertriebes dieser Postkarten aufzuklären.

Von mehreren Vereinen wurden uns die bezüglichen Sendungen ohne weiteres zurückgesandt, indem wir um Gutschrift für den entsprechenden Betrag ersucht wurden. **Wir weisen hier nochmals darauf hin, dass wir keinen unserer Verbandsvereine für die ihm gesandten Ferienheim-Postkarten belastet haben,** sondern wir überlassen es der Initiative jedes einzelnen Vereins, den Verkauf dieser Karten soviel wie möglich zu fördern, um ihm Gelegenheit zu bieten, auch von seiner Seite mitzuhelfen an der Verwirklichung des von unserer diesjährigen Delegiertenversammlung gutgeheissenen Projektes, dessen Wirkungen uns allen zugute kommen sollen. Ueber das Ergebnis des Verkaufes dieser Karten werden wir nach einem noch später festzusetzenden Termin mit den Vereinsverwaltungen abrechnen. Vorerst aber, ihr Genossenschafter, **sorgt dafür, dass unsere Ferienheim-Postkarte in jeder schweizer. Haushaltung Eingang findet, Kunde bringend von dem neuen Werke, das wir mit vereinten Kräften zum Wohle der erholungsbedürftigen Genossenschafter bauen wollen!**

Redaktion: Dr. Henry Faucherre.

Redaktionsschluss 21. August.

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: **Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)** Für denselben: Dr. **Oskar Schär.**